

## **Gemeinderat ermöglicht Zukunftskonzept „Blaufelden 2030“**

**Vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln für die umfangreiche Bürgerbeteiligung brachte der Gemeinderat in der Sitzung am 21. März 2016 auf Antrag von Bürgermeisterin Petra Weber einstimmig das Zukunftskonzept „Blaufelden 2030“ auf den Weg.**

Hauptthema in der letzten Gemeinderatssitzung war die Vergabe des Auftrags „Gemeindeentwicklungsplanung“ an das Büro Reschl in Stuttgart. Bürgermeisterin Petra Weber führte aus, dass ihr ein Zukunftskonzept wichtig ist. Was sind die Ziele? Welche Handlungsfelder gibt es? Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, was aus finanziellen Gründen tatsächlich realisiert werden kann. Ohne ein Zukunftskonzept dürfte es künftig kaum noch Fördergelder geben. Im Zuschussverfahren 2016 für das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum erhielt die Gemeinde Blaufelden eine Ablehnung für alle 11 gestellten Anträge. Vor allem wurde als Begründung auf die bevorzugte Unterstützung der Schwerpunktgemeinden verwiesen, durch die das gesamte Zuschussbudget stark geschmälert wurde. Die Gemeinde Blaufelden hat bisher noch keinen Status als Schwerpunktgemeinde. Im Rahmen der Erstellung des Zukunftskonzeptes „Blaufelden 2030“ könnte gleichzeitig ein Antrag auf Schwerpunktgemeinde gestellt werden. Bei sofortigem Konzeptbeginn besteht noch eine kleine Chance, dass dieser Status bereits für das Zuschussverfahren 2017 des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum anerkannt wird. Daher sollte umgehend die einschlägig bekannte, empfohlene und in Sachen Schwerpunktgemeinde erfolgreiche Firma Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co. KG in Stuttgart mit der Stellung des Zukunftskonzeptes beauftragt werden, so Bürgermeisterin Weber in ihren Ausführungen. Im Verwaltungshaushalt 2016 sind im Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, Unterabschnitt 6100 Städteplanung, 25.000 Euro als erste Rate für das Zukunftskonzept eingestellt. Für das Modul „Beteiligung der Bürger im Rahmen des Zukunftskonzeptes“ kann mit einem Zuschuss von 10.000 Euro aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum gerechnet werden.

Herr Professor Doktor Richard Reschl, Frau Isabella Porta, Herr Philipp König und Herr Fabian Schäufele, alle von der Firma Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, stellten das Zukunftskonzept „Blaufelden 2030“ vor. Die Konzepterstellung dauert zirka ein Jahr. Die Firma Reschl Stadtentwicklung würde die Gemeinde Blaufelden gegen Honorar aber auch bei der sich anschließenden Umsetzung begleiten. Das Zukunftskonzept ist auf 15

Jahre ausgelegt. Es gilt, Schwerpunkte zu setzen. Ziel ist ein Handlungsprogramm. Die Beteiligung der Bürger ist vorgesehen. Ausgangslage ist eine strukturelle Analyse, zum Beispiel die Entwicklung der Bevölkerung, die Analyse des Infrastrukturbedarfs, eine flächenbezogene Analyse, zum Beispiel der Bedarf für Wohnen und Gewerbe, und eine städtebauliche Analyse. Bestandteile des Zukunftskonzepts sind Anforderungen an Bildung und Betreuung, Mobilität sowie Freizeitangebote, Identitäten betreffend Vereine und Kultur sowie die Finanzierbarkeit. Betrachtet werden die vier kommunalen Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Kultur/Soziales und Mobilität. Die Akteure im Prozess sind die Bürgerschaft, die Verwaltung und die Politik. Von großer Bedeutung ist der finanzielle Handlungsspielraum. Zu den Methoden gehören Bestandsanalysen, Entwicklungsperspektiven, die Beteiligung des Gemeinderats und von Initiativkreisen sowie die Beteiligung der Bürger. Die Stadtentwicklung gliedert sich in vier Phasen: Phase I Bürgerbefragung, Bestandsaufnahme, Bestandsanalyse, Phase II kommunale Klausurtagung, Phase III Bürgerbeteiligungsverfahren und Phase IV Strategiekonzept 2030 mit Leitzielen und Leitprojekten, einem Handlungsprogramm sowie einer Finanzierungsübersicht.

Einstimmig beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung, sobald der Bewilligungsbescheid aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum über die Förderung der Bürgerbeteiligung vorliegt, der Firma Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Friedrichstraße 10, 70174 Stuttgart, zum angebotenen Nettopreis von 48.300 Euro den Auftrag zu erteilen, das Zukunftskonzept „Blaufelden 2030“ mit den vorgestellten Leistungen zu erstellen.

### **Überprüfung des kalkulatorischen Zinssatzes**

Mitte des Jahres laufen die Kalkulationen der Gemeinde Blaufelden für die Abwassergebühren und den Wasserzins aus. Deshalb werden momentan die Vorbereitungen für eine Neukalkulation der Gebühren getroffen. Durch den weiterhin günstigen Zinssatz stellte sich für den Fachbeamten für das Finanzwesen, Gemeindeoberamtsrat Roland Bach, die Frage, ob die kalkulatorischen Zinsen angepasst werden sollten. Bis 2010 lag der Zinssatz bei der Gemeinde Blaufelden beim langjährigen Durchschnittssatz von 6 Prozent. 2011 wurde dieser auf 5 Prozent gesenkt. Mittlerweile ist das Zinsniveau immer noch auf einem historischen Tiefststand. Gemeindeoberamtsrat Bach schlug dem Gemeinderat vor, den Zinssatz auf 4,5 Prozent zu senken. Der durchschnittliche Zinssatz der Darlehen des Haushaltsplans 2016 beläuft sich auf 4 Prozent.

Gemeinderat Andreas Busch befürchtete, dass die Gebühreneinnahmen zurückgehen, wenn nicht mehr mit einem Zinssatz von 5 Prozent, sondern nur noch mit 4,5 Prozent gerechnet wird.

Auf Antrag von Bürgermeisterin Petra Weber beschloss der Gemeinderat bei 1 Gegenstimme (Gemeinderat Busch) den kalkulatorischen Zinssatz ab dem 1. Januar 2016 auf 4,5 Prozent zu reduzieren.

### **Antrag: Freie Caterer-Wahl im Spektrum in Blaufelden**

Gemeinderat Werner Schieber hatte mit Schreiben vom 1. März 2016 beantragt, dass bei Vermietungen des Spektrums an Privatpersonen für Veranstaltungen und Feiern der Caterer für die Bewirtung künftig frei gewählt werden darf. Gemeinderat Schieber führte in seinem Antrag aus, dass der Entscheidung des Gemeinderats im Jahr 2003 die Situation zu Grunde lag, dass die Auswahl an Unternehmen, die das Catering im Veranstaltungsraum „Spektrum“ übernehmen können und wollen, noch bedeutend größer war als heute. Dieser Auffassung schloss sich die Verwaltung an. Durch die aktuell gültige Beschränkung der Auswahl der Catering-Unternehmen besteht die Gefahr, dass potentielle Mieter von einer Anmietung des Spektrums absehen. Dennoch sollte die Verwaltung weiterhin Einflussmöglichkeit haben, wenn sie zum Beispiel aufgrund schlechter Erfahrungen der Auffassung ist, dass ein bestimmter Caterer nicht mehr zugelassen werden sollte.

Gemeinderat Manfred Glemser war der Ansicht, dass die freie Caterer-Wahl der Aktion des BDS Blaufelden „Fahr nicht fort - kauf am Ort!“ zuwiderläuft. Deshalb sollte wie bisher die Bewirtung nur durch ortsansässige Betriebe oder Gastwirtschaften erlaubt sein.

Auf Antrag von Bürgermeisterin Weber beschloss der Gemeinderat bei 1 Gegenstimme (Gemeinderat Glemser), die Wahl des Caterers im Falle der Anmietung des Spektrums dem Mieter zu überlassen. Die Verwaltung wurde beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass überwiegend auf ortsansässige Betriebe zurückgegriffen wird. Die Verwaltung hat jedoch das Recht, einen Caterer abzulehnen, wenn dafür schwerwiegende Gründe vorliegen.

### **Bestellung von Herrn Sebastian von der Weide zum Standesbeamten**

Für jeden Standesamtsbezirk sollen Standesbeamte in der erforderlichen Anzahl bestellt werden. Bürgermeisterin Petra Weber schlug dem Gemeinderat vor, Gemeindeobersekretär Sebastian von der Weide zusätzlich zum Standesbeamten der Gemeinde Blaufelden zu bestellen. Herr von der Weide soll Frau Iris Dobrautz bei Urlaub, Krankheit oder Fortbildung vertreten. Zu Standesbeamten dürfen nur nach Ausbildung und Persönlichkeit geeignete Beamte und Angestellte bestellt werden. Herr von der Weide stellte sich dem Gemeinderat kurz vor. Er ist 38 Jahre alt und wohnt mit seiner Familie in Oberstetten. Seit dem 1. September 2015 ist er bei der Gemeinde Blaufelden beschäftigt. Gebürtig ist er in Sachsen-Anhalt. Allerdings wohnt er schon seit 27 Jahren in Baden-Württemberg. Bei der Stadt Bad Wimpfen absolvierte er eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten. Von

1995 bis 2007 war er bei der Bundeswehr. Danach durchlief er die Ausbildung zum Beamten im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst beim Landratsamt Main-Tauber-Kreis. Bevor er zur Gemeinde Blaufelden wechselte, war er Beamter im Hochschulservice „Studium“ der Hochschule Würzburg. Bei der Gemeinde Blaufelden ist er in erster Linie zuständig für Friedhofsangelegenheiten, die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses sowie für die Wohnbauförderung.

Auf Antrag von Bürgermeisterin Weber beschloss der Gemeinderat einstimmig, Gemeindeobersekretär Sebastian von der Weide mit Wirkung vom 1. April 2016 stets widerruflich zum Standesbeamten der Gemeinde Blaufelden zu bestellen.

### **Kostenstand Projekt „Kindergarten“ Kleistweg 21**

Bürgermeisterin Petra Weber führte aus, dass der Gemeinderat bisher Kosten in Höhe von rund 1.600.000 Euro für das Projekt beschlossen hatte. Derzeit ist die Kostenschätzung um 84.000 Euro überschritten. Da noch nicht alle Arbeiten ausgeführt sind und noch nicht alle Rechnungen vorliegen, geht die Prognose dahin, dass die Kostenschätzung zum Ende des Projekts um 130.000 Euro überschritten sein wird. Teurer geworden sind beispielsweise die Malerarbeiten. Das Streichen des Untergeschosses war nicht in der Kostenschätzung enthalten. Schallschutzmaßnahmen waren nicht geplant. Durch die Verköpfung der Verkabelung ergaben sich ebenfalls Mehrarbeiten. Nach Entfernen der Zwischenwände stellte sich ein bedeutend größerer Bedarf an Gipsarbeiten als ursprünglich geplant heraus. Im Treppenhaus musste das Geländer wegen der Unfallgefahr für die Kindergartenkinder erneuert werden. Bei der ursprünglichen Planung wurde davon ausgegangen, dass Unfallverhütungsvorschriften nicht gegen die Weiterverwendung des vorhandenen Geländers sprechen. Das Gerüst musste länger stehen bleiben als ursprünglich angenommen. Bei der Entfernung des Estrichs wurde festgestellt, dass teilweise Mauerwerk direkt auf dem Estrich stand. Folglich war der Ersatz des Mauerwerks erforderlich. Ein Teil der Positionen war nicht in der ursprünglichen Kostenschätzung enthalten, zum Beispiel die Bauhofleistungen, die Aufwendungen für Anzeigen im Staatsanzeiger oder die Ausgaben für neue Feuerlöscher.

Das Gremium nahm Kenntnis. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.